

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

März (1) 2010

Die unabhängige Kleinzeitung
5. Jahrgang • 84. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen



**Bürger wehrt Euch
gegen diese Politik!**

<http://www.artikel-eins.com/aktion.html>



Verfassungsbruch

Zur Hartz-IV-Einführung, vor fünf Jahren und mehr,
Da musste unbedingt ein Verfassungsbruch her!
Doch kaum ist er vom höchsten Gericht abserviert,
wird auch schnell schon der nächste anvisiert.

Weil Hartz-IV-Eltern angeblich so viel Geld vertrinken,
will die Politik jetzt mit Gutscheinen winken:
Einen gibt's für den Ranzen, der vielleicht sogar gefällt!
Dieses Kind kriegt Hartz IV, weiß danach alle Welt.

Den zweiten für kopiertes Lehrmaterial der Schule:
Das haut Fritzchen und Paula schon fast vom Stuhle.
Denn Kurt, Jan, Iris und Frieda stehen alle längst hier
und rufen: „Fritzchen und Paula, die sind Hartz IV!“

Wer Gutscheine fordert mit einem flottem Spruch,
der vollzieht bereits den nächsten Verfassungsbruch.
Ein Schild fehlt nur noch, wo draufsteht: „Ich bin Hartz IV!“
Hoffentlich seid ihr trotzdem nett zu mir?

Gutscheine sind niemals eine Lösung,
sie dienen immer nur der Verpönung.
Deshalb von mir dieser warnende Spruch:
Begeht nicht gleich wieder Verfassungsbruch!

Von Hans-Dieter Wege

*„Jeder Mensch, der arbeitet, hat
das Recht auf angemessene und
befriedigende Entlohnung, die
ihm und seiner Familie eine der
menschlichen Würde entspre-
chende Existenz sichert.“*
(Artikel 23/3 der Allgemeinen
Erklärung der Menschenrechte)

In diesen Sinne:

**Allen Frauen und
Mädchen herzlichen
Glückwunsch zum
Internationalen Frauentag
am 8. März 2010!**



**„Wir zahlen nicht für Eure Krise!
Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!“**

Demonstration am 20. März 2010 in Essen

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

„Arbeit muss sich wieder lohnen ...“,

meint Herr Westerwelle

Von Günther Kiefer

Ja, sehr geehrter Herr Westerwelle, Sie haben recht; anständige & menschenwürdige Arbeit muss sich wieder lohnen:

lohnen in Form von Mit-Menschlichkeit, Achtung vor dem Nächsten, gegenseitiger Wertschätzung, Anerkennung der anständigen Leistung und der demokratischen Toleranz gegenüber jedem in diesem Staat. Nehmen Sie also denen ihr Vermögen weg, die es durch legalisierten Betrug, Übervorteilung, Manipulation und unseriöse Geschäfte erwerben. Da stehen Ihnen locker dreistellige Milliardenvermögen zur Verfügung. Und geben Sie es denen, die jeden Tag ums nackte Überleben kämpfen und dafür hart, bis an ihre Leistungsgrenze, arbeiten, ich wiederhole - ARBEITEN - also den Armen in unserem Land.

Den HARTZ-IV-Empfängern, Sozialhilfe-Empfängern, 1,2,3,4 und 5EURO-

Jobbern, die sich in prekären 'Betreuungs- und Arbeitsverhältnissen' täglich beleidigen und schikanieren lassen müssen, von Arbeitgebern, Staat, BA und ARGEN schikanös gegängelt und widerrechtlich überwacht werden und ihre tägliche Angst vorm Sterben und ihr täglich wiederkehrendes und für jeden sichtbares NICHTSHABEN ver- und bearbeiten müssen, zwischen schimmlicher Wohnung, Hunger, Tafel, der 300sten Bewerbung und damit der 300sten Demütigung, der Kleiderkammer für Arme, den leeren & traurigen & hungrigen Augen ihrer Kinder, den amtlich verordneten Entwürdigungsmaßnahmen der Ämter und den Lügen von den angeblich vorhandenen Arbeitsplätzen.

Nehmen Sie es denen weg, die seit Generationen in asozialer Art & Weise Vermögen anhäufen, das Geld für sich 'arbeiten' lassen und sich dem süßen Nichtstun hingeben, z. B. in Kampen/Sylt, bei Austern & Schampus, in die soziale Hängematte legen, die Sie immer wieder erwähnen und beschreiben und

sich damit als Sozial-schmarotzer qualifizieren und ihr 'Sozial-Schmarotzer-Hirn' auch noch mit 'unbedachten' Äußerungen den Medien gegenüber bloßlegen, mit z. B. Sätzen wie: 'Wer arbeiten will, findet auch Arbeit. Wir arbeiten ja schließlich auch'.

Das klingt 'toll'; aber nicht jeder will betrügen und sich damit unrechtmäßig bereichern. Schon gar nicht die Armen in unserem Land, die meist auch noch die Anständigen sind, was sich im Moment als klarer Nachteil gegenüber denen herausstellt, die es mit dem Anstand nicht so genau nehmen. Und dafür müssen sich die Armen auch noch verbal verprügeln lassen, sich als faul hinstellen lassen, durch Äußerungen wie von Ihnen, Herr Westerwelle: 'Wer morgens aufsteht, muss mehr haben, wie die, die morgens liegen bleiben'. Prima, Herr Westerwelle, sagen Sie es den faulen Reichen in unserem Land und nehmen Sie ihnen ihr meist unrechtmäßig erworbenes Vermögen weg. Und verteilen Sie es an die, die jeden Morgen aufstehen und verzweifelt um ihr Leben kämpfen; an die Armen & Fleißigen & Sozialen, allen voran die Arbeitslosen & HARTZ-IV-Empfänger. Und das ist kein Sozialismus, Herr Westerwelle, das ist Gerechtigkeit & Anstand & Mit-Menschlichkeit.

Und hören Sie auf mit Ihrer Polemik, die falsch ist, unwahr und zu nichts führt, außer dazu, dass sich die faulen Reichen weiter zurück lehnen können und die fleißigen Armen darunter zu leiden haben. Denken Sie doch einfach nach, verehrter Herr Westerwelle, bevor Sie sich in dieser völlig unqualifizierten Art & Weise äußern. Und wenn das Lügen & Manipulieren & Betrügen & Verschenden in unserem Land endlich aufhört, haben wir auch 'plötzlich' wieder genug Geld, für alles, auch für Ihren Mittelstand.

In der Zwischenzeit können Sie, verehrter Herr Westerwelle, für menschenwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse für Millionen in unserem Land sorgen und damit für soziale Gerechtigkeit. Fangen Sie doch z. B. damit an, dass Sie 80% Ihres Vermögens und 50% Ihres Gehaltes den Armen zur Verfügung stellen. Wäre das nicht ein wirklich sozialer Anfang?



Zum Artikel „Wann kommen die ersten Arbeitslager?“

Von Horst Wetzel

Lieber Herr Schwarz, es fällt einem auf die Füße, wenn man vor einer Kritik nicht richtig recherchiert! Ihre Wut ist mir sehr verständlich, nur sollten die Waffen, mit denen man sich wehrt, gut geschliffen sein und gut platziert werden.

Nun zur Aufklärung: Es ist gerade die Einkommenssteuer, die den Hauptteil der Steuereinnahmen bringt, die Einkommensteuer der Normalverdiener, denn: Lohnsteuer ist nur eine besondere Form der Einkommensteuervorauszahlung.

Was soll eigentlich Ihre Aversion gegen die LINKEN? Wenn die nicht besser sind als die Anderen, brauchen Sie die LINKEN auch nicht extra zu erwähnen, oder?



Hartz IV soll schon wieder um 30 Prozent gekürzt werden

(Red./BK) Diesmal kommt der Vorschlag vom Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz. Der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sagte, einige ALG-Empfänger erhalten mehr als andere mit einem schlecht bezahlten Vollzeitstelle. Wolfgang Franz will die Hinzuverdienstgrenze deutlich verbessern. Er möchte, dass die Hartz IV-Empfänger die Hälfte ihres Zuverdienstes behalten dürfen. Das soll aber erst ab 200 Euro in Kraft treten. Damit wären die geringfügigen Jobs unattraktiv. Wer sich nicht selber um Arbeit bemühe oder Angebote ablehne, müsste allerdings mit sehr wenig Geld auskommen.

Jetzt kann man nur hoffen, dass endlich mit dem Urteil des BVerfG vom 09.02.2010 ein Schlussstrich für solche Hetzkampagnen gezogen wurde.

Deutschlands „Warren Buffet“

Hans Fricke

Aus der Opposition heraus hat uns Guido Westerwelle bekanntlich schon einiges zugemutet. Es sei nur daran erinnert, dass er sich am 15. Juni 2007 auf dem FDP-Parteitag den Delegierten und der erstaunten Öffentlichkeit allen Ernstes mit: „Hier steht die Freiheitsstatue der Republik“ präsentierte. Während er für seine damalige alberne Selbstdarstellung als politischer Gerngross allenthalben nur Spott und Hohn ertete, hat er mit seiner jüngsten auf WELT ONLINE veröffentlichten Kritik an der Diskussion nach dem Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts gewissermaßen eine „rote Linie“ überschritten. Als derzeitige politische Galionsfigur des jeden Solidargedanken niederwalzenden Turbo-Neoliberalismus und mit seinem Vorwurf, die Hartz IV-Diskussion trage sozialistische Züge und es scheine in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeldern zu

geben, aber niemand, der alles erarbeitet, hat er Millionen Menschen diffamiert. Seine offensichtliche Panik angesichts des dramatischen Abrutschens der FDP in der Wählergunst und seine Angst vor dem Ausgang der Wahl in NRW haben dazu geführt, dass er dieser Tage die Katze aus dem Sack gelassen und sich als Deutschlands „Warren Buffet erwiesen hat. Multimilliardär Warren Buffet hatte nämlich Ende 2006 in der *New York Times* sehr offen und treffend erklärt: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir werden gewinnen.“ Westerwelle hat seinen Teil dazu beigetragen, dass immer mehr Menschen begreifen: Hartz IV ist Bestandteil dieses Klassenkrieges! Mit seinen Auslassungen beweist Westerwelle, dass er jede Lebensrealität verloren hat. Das ist umso schlimmer, als er seine Angriffe auch als Vize-Kanzler der Bundesregierung führt. Wenn er nicht müde wird zu erklären,

„Wir sind die Partei der bürgerlichen Mitte“, dann muss er sich fragen lassen, was dann für die FDP die Millionen Arbeitslosen, Hartz IV-Empfänger und Arbeitnehmer im Billiglohnsektor sind? „Gesellschaftlicher Müll“, auf den man nach Herzenslust und ungestraft herum trampeln kann? Wie soll man einen Vize-Kanzler noch ernst nehmen, der als Partei-



vorsitzender von einem Multimilliardär ohne jede Hemmung eine riesiger Parteispende entgegennimmt, und sich dafür in der Regierung für großzügige Steuergeschenke an die „armen“ deutschen Hoteliers stark macht? Jemand wie er, der die Handlungsfähigkeit des Staates infrage stellt, indem er die Klientel seiner Partei ohne Rücksicht auf die Finanzlage des Bundes und der vor der Pleite stehenden Kommunen durch großzügige Steuergeschenke bei Laune halten und gemeinsam mit Unionspolitikern die Steuergeschenke für die Reichen und Erben durch Kürzungen bei Hartz IV finanzieren will, hat kein Recht, Millionen Menschen zu beleidigen, indem er ihnen quasi persönliche Faulheit und Bequemlichkeit vorwirft. Das eigentlich Schlimme daran aber ist, dass die Bundeskanzlerin diesem Treiben ihres Stellvertreters tatenlos zusieht. Es ist Zeit, dass die Politik sich einem Selbstreinigungsprozess unterzieht und mit Leuten, die ihren Ehrgeiz offenbar darin sehen, sich als soziale Brandstifter zu betätigen, endlich Tacheles redet. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem die Reallöhne schrumpfen. Dass von Politikern geforderte Absenken der Hartz IV-Sätze bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsanreizen ohne gesetzlichen Mindestlohn würde die Löhne in Deutschland weiter nach unten schrauben. Sozialleistungen sind keine Gnadengaben, sondern Verpflichtung eines demokratischen Rechtsstaates. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass die Buffets und Westerwelles ihren Klassenkrieg der Reichen nicht gewinnen!

Pressemitteilung

7. Delegiertenkonferenz der Bundesweiten Montagsdemonstration am 13. März 2010 von 11.00 Uhr bis 18.00 Uhr in Kassel

Hartz IV – ein Wort, das die Regierung am liebsten aus dem Sprachgebrauch streichen würde. Das am meisten gehasste und diskreditierte Gesetz in Deutschland. Das Hartz IV als Inbegriff menschenunwürdiger Politik nach wie vor in aller Munde ist, daran hat die Montagsdemonstration mit ihrem über 5 Jahre andauernden Kampf einen entscheidenden Anteil. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Regelsätze zu beanstanden ist, öffnet einer Beibehaltung und Senkung des Regelsatzes Tür und Tor. Die Regierung schickt ihre Berater vor und lässt verkünden, die Regelsätze müssten um 30% gekürzt werden. Umso wichtiger, dass die Montagsdemonstration ihren Kampf entschieden fortsetzt.

Weg mit Hartz IV!

Wir wollen in Kassel Bilanz über unsere Erfahrungen ziehen und die weitere Arbeit beraten und beschließen und insbesondere unsere Bündnisarbeit ausbauen.

Dazu wählen die Montagsdemos in den Städten ihre Delegierten, wir freuen uns aber auch über Delegierte und Gäste von Initiativen, Parteien, Bewegungen, usw. die mit der Montagsdemonstration zusammenarbeiten oder eine Zusammenarbeit suchen. Informationen zur Tagesordnung, den Konferenzregeln, Delegiertenschlüssel, Wahlordnung, usw. unter: www.bundesweite-montagsdemo.com

Pressesprecher

Fred Schirmmacher
Berlin Mobil: 0170-724 09 38
Mail: Fredschirmmacher@aol.com

Jürgen Schäuble
Gelsenkirchen
Mobil : 0162-895 44 91

Neue Richtlinien bei Absenkungen des ALG II

(Red./BK) Am 18. Februar 2010 traf das Bundessozialgericht in Kassel eine wesentliche Entscheidung. Hierbei handelte es sich um die Sanktionsbestände des § 31 Abs.1 Nr. b und c SGB II. Nur bei einer zulässigen vorherigen Belehrung über die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung darf eine Absenkung des ALG II bei Verweigerung eines „Ein-Euro-Jobs, Trainingsmaßnahme usw.“ ausgeführt werden.

Diese Belehrung über die Rechtsfolgen muss vollständig, verständlich, konkret und richtig sein. Bei der Umsetzung ist es erforderlich, alle in Betracht kommenden Verhaltensweisen und möglicher Maßnahmen auf die Verhältnisse des konkreten Einzelfalls anzuwenden.

Bei der Herabsetzung der Grundleistungen handelt es sich um einen schwerwiegenden Eingriff, wie aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09,3/09,4/09) hervorgeht. Deshalb sind diese strengen Anforderungen an den Inhalt der Rechtsfolgebelehrung

geboten. Siehe auch das Gerichtsurteil vom 18. Februar in Kassel **(1)**

Am 09. Februar 2010 fällt das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung, wie Ausgaben über laufende und nicht nur einmalige Bedarfe zu decken sind.

Dazu gehören z. B. Arznei-/Heilmittel. Bürger, die z. B. an Neurodermitis erkrankt sind oder bei ausgebrochener HIV-Infektion, benötigen oftmals nicht verschreibungspflichtige Medikamente oder Hygieneartikel. In der Regel deckt der Anteil zur Gesundheitspflege die Kosten ab. Nur in Ausnahmefällen wird der Sonderbedarf für Arznei-/Heilmittel gewährleistet. Dazu muss ein Nachweis des behandelnden Arztes vorgelegt werden. In Zweifelfällen muss das Gesundheitsamt oder der Ärztliche Dienst eingeschaltet werden.

Rollstuhlfahrer können aufgrund ihrer eingeschränkten Bewegungsfreiheit eine Haushaltspflege beantragen, sofern ihnen keine anderwärtige Unterstützung

z. B. durch Angehörige zur Verfügung steht.

Für einen bestimmten Bewilligungszeitraum können Sonderbedarfe gewährt werden.

Diese sind jeweils für einen Bewilligungszeitraum zu gewähren. Ist die Höhe des Sonderbedarfs im Verlauf des gesamten Bewilligungsbescheides nicht absehbar, kann ein Vorschuss nach § 42 SGB II erbracht werden.

Laut Gerichtsurteil vom 09. Februar 2010 beim Bundesverfassungsgericht besteht hier keine Übernahme des Sonderbedarfs.

Darunter fallen Praxisgebühr, Schulmaterialien und Schulverpflegung. Außerdem gibt es keine Finanzierung bei Bekleidung/ Schuhe in Übergrößen. Auch für krankheitsbedingten Ernährungsaufwand gibt es keine zusätzlichen Leistungen. Wer noch mehr erfahren möchte, kann sich gerne erkundigen unter: **(2)**

(1) <http://juris.bundessozialgericht.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bsg&Art=ps&Datum=2010&nr=11355&pos=0&anz=4>

(2) http://www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Content/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Dokument/GA-SGB-II-NR-08-2010-2010-02-17.html#d1.3

Was maßt sich ein Herr Westerwelle an?

Von Petra Wilhelmi

Er findet, dass er im Recht sei. Seine Partei meint, dass er es auf den Punkt gebracht hätte. Wieso? Sind seine Parteifreunde auch so ungebildet? Haben sie auch im Geschichtsunterricht gefehlt? Führen sie immer noch den Kalten Krieg gegen ein System, was es nicht mehr gibt und so nicht gegeben hat, wie sie es behaupten?

Ich habe im Sozialismus gearbeitet. Uns wurde das Geld nicht einfach so gegeben. Wir haben hart gearbeitet, zwischen 8 Stunden und 8,75 Stunden täglich. Wir haben während dieser Zeit nicht in der Nase gepopelt, sondern unsere Arbeit verrichtet. Ich weiß, dass uns das von denen aus dem Westen abgesprochen wird. Wir sollten vor dieser Meinung aber nicht kuschen. Unse-

re Arbeit war für Viele nicht nur Job, sondern sie war erfüllend. Wir haben in einem Klima gearbeitet, wo der Mensch und das, was er tat, anerkannt wurde. Wir haben nicht gegeneinander gearbeitet, sondern miteinander. Wir konnten von unserem Geld leben. Für gute Arbeit gab es gutes Geld, auch wenn es heute Stimmen gibt, die es plötzlich anders sehen. Es gab keine Obdachlosen bei uns. Jeder hatte sein Auskommen. Die Frauen arbeiteten selbstverständlich und erarbeiteten sich dadurch ein Stück persönliche Freiheit. Sie waren von keinem Mann finanziell abhängig. Wir konnten uns kostenlos weiterbilden und wurden durch unsere Betriebe unterstützt. Ich bin noch heute dafür dankbar, dass ich dadurch studieren konnte. Meine Bildung und alles das, was ich aus mir machen konnte, verdanke ich der DDR und niemanden

anders. Im Gegensatz zu vielen anderen, vergesse ich das nicht.



Irgendein Stück hier und jetzt als sozialistisch einzustufen, ist Hetze gegen den arbeitenden Menschen und völlig aus der Luft gegriffen. Diese Hetze soll verschleiern, wer in unserem Land die Zügel in der Hand hält. Sie soll verschleiern, dass wir Menschen solchen ausgeliefert sind, die sich durch Hotelbosse, Versicherungsbosse und Bankenbosse korrumpieren lassen, egal, welches Parteibuch sie in den Händen halten.

Herr Westerwelle meint, dass die arbeitenden Menschen zu Deppen der Nation gemacht werden würden.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Meinungsmache: Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen

Von Gerhard Rooke

So heißt das Buch von Albrecht Müller, das er am 16. März 2010 in der Stadtbibliothek Erfurt, am Domplatz 1, vorstellt. Ein Initiator der Veranstaltung ist der Freundeskreis der Nachdenkseiten. de. in Erfurt. Albrecht Müller, der von 1973 bis 1982 als Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt arbeitete, ist neben Wolfgang Lieb ein Herausgeber von Nachdenkseiten.de, einer kritischen Website zu politischen Themen, die inzwischen bundesweite Aufmerksamkeit erfährt und täglich von mehr als 60.000 Menschen angeklickt wird. Hunderte Freundeskreise der Nachdenkseiten haben sich gebildet, die regelmäßig zusammenkommen und ihre Gedanken zu gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Problemen unserer Zeit austauschen. Alle eint der Wille zum Aufbau einer Gegenöffentlichkeit zum neoliberalen Mainstream. Albrecht Müller hat mit seinem Buch „Meinungsmache“ dafür Pionierarbeit geleistet.

An vielen praktischen Beispielen zeigt er, wie über das Buch bei Nachdenkseiten.de zu lesen ist, dass wichtige politische Entscheidungen in strategisch geplanten Kampagnen der Meinungsbeeinflussung vorbereitet werden. Meinung macht Politik. Meinungsmache bestimmt auch wirtschaftliche Entscheidungen von Unternehmen. Meinungsmache bereitet Kriege vor und prägt oft die Geschichtsschreibung. Die Theorie der demokratischen Willensbildung ist weit von dieser Realität entfernt. Wer über publizistische Macht und unbegrenzte finanzielle Mittel verfügt, be-

stimmt weitgehend die relevanten Entscheidungen und kann so seine Interessen durchsetzen. Wichtige Voraussetzungen für das Gedeihen demokratischer Willensbildungsprozesse sind nicht mehr gegeben.

Mit der Lektüre dieses Buches wird Sie vermutlich nicht nur Zorn über den Missbrauch Ihres Vertrauens erfassen.



Sie werden beim Lesen auch mehr und mehr spüren, dass es Lust bereitet, sich nichts vormachen zu lassen, selbst zu denken und seinen Gedanken wieder eine Stimme zu geben. Sie werden spüren, dass es gut tut, wieder zweifeln zu lernen.

Wenn wir mehr zweifeln würden, könnten wir uns und unseren Kindern und Enkeln hohe Belastungen ersparen. Wenn wir unserer Regierung zum Beispiel nicht so treuherzig abgenommen hätten, jede Bank sei systemrelevant, dann hätten wir Milliarden sparen können, vermutlich in der Größe eines gesamten Bundeshaushalts. Der Begriff „systemrelevant“ steht für die teuerste

denkbare Manipulation. Wir schlucken heute solche Zumutungen. Das Buch „Meinungsmache“ soll den Widerstand dagegen stärken.



Der Freundeskreis Suhl, der regelmäßig alle 14 Tage in der Sozialstation Suhl Nord zusammenkommt, nimmt mit 10 Mitgliedern an dieser Buchlesung am 16. März teil.

Für den zuvor stattfindenden Erfahrungsaustausch mit Albrecht Müller und den Freundeskreisen aus Erfurt und Weimar sind die Suhler gut gerüstet. Sie können nicht nur darüber berichten, wie sie die Informationsquelle „Meinungsmache“ für sich erschlossen haben, wie sie die Bewertung des schwarz-gelben Koalitionsvertrages oder aktuelle Fragen der Lage der Stadt Suhl (Stadtkonzept und Sozialbericht) erörtert haben. Ganz im Sinne von Nachdenkseiten.de hat der Freundeskreis Suhl eigene Aktivitäten unternommen. Dr. Bernd Schepler hat die gängigen Argumente der Neoliberalen gegen die Linke im Buch „Die Linke im Fadenkreuz“ (ISBN-978-3-86204-220-3) zusammengestellt und sie mit der Wahrheit konfrontiert. Für Mitglieder des Freundeskreises Nachdenkseiten.de und Sympathisanten der Linken ist dieses Buch eine wertvolle Unterstützung beim Aufbau einer Gegenöffentlichkeit zum vorherrschenden Mainstream. Zur Leipziger Buchmesse Mitte März erscheint das Buch.

Termine Monat März Gesprächskreis NachDenkSeiten in Suhl Nord Bürgertreff sind der 11.03.2010 sowie der 18.03.2010 jeweils 17:00Uhr

Was maßt sich ...

(Fortsetzung von Seite 4)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass unser Außenminister je für die arbeitenden Menschen eingetreten ist.

Seine Partei ist gegen den Mindestlohn.

Auch hat seine Partei nichts gegen prekär beschäftigte Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit sich nicht mehr über Wasser halten können. Das ist für ihn alles normal. Er will nur die Menschen verdummen, die „Hauptsache-Arbeit-Menschen“, die sich ausbeuten lassen und meinen, dass das, was unsere Westergewelle gesagt hat, endlich mal auf den Tisch musste. Sie vergessen dabei, dass

nicht sie mit den Leistungsträgern gemeint sind. Dass unser Schreihals im Verein mit anderen gewissenlosen Schreihälsen die Großverdiener vertritt. Auch wenn viele (oft gezwungenermaßen und vor sich selbst schöngeredet) „Hauptsache Arbeit“ praktizieren, Westergewelle und seine Mövenpick-Partei werden das nicht ändern wollen. Er kennt sie nicht einmal.

Über Diskussionskultur

Von Roland Spitzer

Am 13. Februar haben tausende Menschen aus ganz Deutschland dazu beigetragen, dass die Neonazis in Dresden keinen Fuß auf diesen historischen Boden setzen konnten. Schon am Bahnhof wurde die geplante Kundgebung verhindert! Dies durch Menschen, welche unabhängig ihrer politischen Überzeugungen handelten! Dafür ist allen aktiven TeilnehmerInnen nur zu danken!

Ich finde, es gibt ein ABER! Einig ist sich unsere Bevölkerung, dass Neonazis nicht geduldet werden! Doch gleichzeitig gewinnt in unserem Land eine Diskussionskultur an Fahrt, welche bei genauerer Betrachtung nicht wesentlich von der faschistischen abweicht. Nun sind es nicht mehr die Juden, welche unsere Gesellschaft in den Ruin treiben. Heute sind es nach Meinung politisch einflussreicher Leute die alleinerziehenden Mütter und die ALG II-Empfänger, welche durch ihr Schmarotzertum unseren Staat gefährden. Es stimmt bedenklich, dass es hier keinen kollektiven Aufschrei gibt!

Warum stehen alleinerziehende Mütter täglich am Pranger? Lange haben Frauen darum gekämpft, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten! Dies vor allem in finanzieller Unabhängigkeit! Im Osten Deutschlands wurden die Voraussetzungen hierfür geschaffen. Jede Frau hatte die Möglichkeit, ihre Kinder sozi-

al und kostenlos betreuen zu lassen. Sozial abgestimmte Mieten, sowie die Möglichkeit beruflich abgesichert zu sein, ermöglichten ihr ein zumindest lebenssicherndes Einkommen. Auch die Tatsache, dass die Väter ihrer Kinder Arbeit hatten, und angemessene Unter-

Immer mehr Menschen leben auf Campingplätzen

(Red./BK) Am meisten werden diese Campingplätze von Geringverdienern genutzt. Die Mieten werden immer teurer, aber die Löhne reichen nicht mehr aus. Aus diesem Grund verlassen viele Bürger ihre Wohnungen und leben lieber in einem Campingwagen. Darunter sind nicht nur Geringverdiener, sondern auch Arbeitnehmer, die immer flexibel sein müssen.

haltszahlungen leisten mussten, trugen zur sozialen Absicherung bei. Innerhalb unserer heutigen Gesellschaft sind diese Standards fremd geworden! Nun wird wieder die Eigenverantwortung propagiert! Frauen, welche aus welchen Gründen auch immer, sich dafür entschieden haben, ihr Leben ohne Partner zu gestalten, werden als besondere Problem-

fälle dargestellt! Hier werden Tatsachen verdreht! Es wird nicht die Frage nach fehlenden Angeboten (Unterbringung der Kinder, ausreichende Arbeitsmöglichkeiten) gestellt. Vielmehr sollen diese Frauen in neue Partnerschaften gedrängt werden, um der Stigmatisierung als Alleinerziehende zu entgehen. Als Nebeneffekt sind diese Frauen auch nicht mehr als arbeitsuchend gemeldet! Zwangspartnerschaften führen aber auch dazu, dass sich die meist finanziell unterlegenen Partner prostituieren müssen!

Ein weiteres Problem ist die dauerhafte Beschimpfung von ALG II Beziehern. Westerwelle spricht gerne davon, dass es nicht sein kann, dass arbeitende Menschen weniger verdienen, als ALG II Empfänger! Sich also Arbeit nicht mehr lohnt! Vor 15 bis 20 Jahren galten Löhne am Rande des Sozialhilfeniveaus als Dumpinglöhne und konnten als sittenwidrig verurteilt werden!

Vergangenen Donnerstag habe ich mir die Talkshow von Maybritt Illner angesehen, wo auch J. Czentarra zugegen war. In dieser Runde saßen nur Menschen, welche von steuerfinanzierten Leistungen bezahlt werden. Nur einen Unterschied gab es: Herr Czentarra erhält Leistungen nach ALG II. Alle anderen Anwesenden erhalten wesentlich höhere Gelder. Es ist schon bedenklich anzusehen, wenn (im Volksmund) „Reiche“ gegen aus dem Arbeitsprozess Gedrängte mobil machen!



Nun auch Vertragsbruch in Mecklenburg-Vorpommern

Von Hans Fricke

Bei dem achtzehntägigen Manöver „Forceval 2009“ („Fliegende Verbände“), das unter Teilnahme finnischer Luftstreitkräfte und von etwa 150 NATO-Beobachtern im September vorigen Jahres auf dem Militärflugplatz Trolenhagen bei Neubrandenburg stattfand, handelte es sich nach Aussagen des leitenden Fliegerkommodore der Bundeswehr, Oberst Jan Kuebart, um „die größte Kampfübung in der Geschichte der deutschen Luftwaffe“, bei

der „die gesamte Bandbreite von Luftkriegsoperationen“, einschließlich „Luftangriffe gegen Terroristen“ geübt wurde (www.mvregio.de, 11.9.2009). Letzteres erinnert an das Vorgehen von Bundeswehr und NATO in Afghanistan, welches im gleichen Monat zu dem Massaker an über 100 Zivilisten geführt hat. Bereits in den vergangenen Jahren hatten einer Meldung von German-Foreign-Policy vom 7.1.2010 zufolge die Luftstreitkräfte Belgiens, der Niederlande, Polens und der USA Trolenhagen für Übungs-

zwecke genutzt. Mit multinationalen Kriegsübungen in Mecklenburg-Vorpommern verstößt die Bundeswehr gegen den völkerrechtlich bindenden 2-plus-4-Vertrag aus dem Jahr 1990, der besagt, dass NATO-Truppen weder auf das Gelände der ehemaligen DDR verlegt noch dort stationiert werden dürfen. Nachdem schon der Flughafen Leipzig unter grober Verletzung dieses Vertrages und des Grundgesetzes seit Jahren als wichtiges Drehkreuz für den Nachschub der US-Armee in den Irak und nach Afghanistan fungiert, kommt es der BRD mit Trolenhagen offenbar auf einen Vertragsbruch mehr oder weniger nicht mehr an.



Zusammenhänge - ganz anders gesehen (38)

Eine Strategie - und ihre ersten Schritte

Von Klaus Buschendorf

Zum Nachdenken über heutiges Vorgehen hatte ich an eine Strategie erinnert, aufgestellt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie man die Gesellschaft verändern könne. Sie stammt von Marx und Engels.

Was wurde daraus? 1911 und 1913 trafen sich die sozialdemokratischen Parteiführungen Europas in der Schweiz. Sie folgten der Voraussage Engels, dass ein großer europäischer Krieg kommen werde und beschlossen, bereits bei Kriegsausbruch nach der Macht im Staat zu greifen. 1914 kam die Nagelprobe. Da Kaiser Wilhelm II. von Deutschland die ersten Kriegserklärungen an Russland und Frankreich aussprach, geriet die deutsche Sozialdemokratie als erste in die Pflicht. Mit einer Stimme Mehrheit beschloss ihre Reichstagsfraktion, den Kriegskrediten **zuzustimmen!** Der Griff nach der Staatsmacht fand nicht statt.

Hätte sie eine aussichtsreiche Chance gehabt? Im Geschichtsbild unserer Zeit wird oft das Bild kriegsbegeisterter Menschen gesehen. Dieses Bild trägt. Nachgeborene halten sich zumeist an Schriftliches, um die Vergangenheit zu studieren. In den Zeitungen gab es damals viele solche Bilder. Doch Zeitungen waren, mit Ausnahme des sozialdemokratischen „Vorwärts“, grundsätzlich „kaisertreu“. Neuere Untersuchungen auch anderer Quellen (kaum bekannt) zeigen, die Landbevölkerung war grundsätzlich gegen den Krieg. In der Stadt kam Kriegsbegeisterung nur in bürgerlichen Kreisen auf. Das war auch keine Mehrheit. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollten den Zinnwalder Beschlüssen aus der Schweiz folgen – und wurden von ihrer Reichstagsfraktion im Stich gelassen! Also: Chancen hätte es gegeben!

Über die Chancen der übrigen, von der deutschen Sozialdemokratie verratene europäischen Parteien, nachzudenken, halte ich für überflüssig. Die waren dahin.

Ich folgere: Parteien werden, selbst dann, wenn sie in Gegnerschaft zum System gegründet werden, im Laufe

ihrer Dauer selber zum Teil des Systems. Sie können nicht die Aufgaben ausfüllen, welche Marx und Engels erwartet haben: Schulung der „Elite“ und Verbindung zu den Volksmassen sowie deren Aktivierung. Die „Elite“



der Arbeiterklasse verriet die Volksmassen, die „Elite“ wurde gekauft durch Anteilnahme an der Macht. Dass es einzelne Personen gab, die sich dem Trend entzogen, ändert nichts an der grundsätzlichen Feststellung. Die Geschichte der „Grünen“ beweist, dass sie auch heute gültig ist. Die Geschichte der LINKEN scheint sie erneut zu bestätigen. „Regierungsverantwortung“ hat eine magische Anziehung auf Funktionäre, dafür lassen sie die Verbindung zur „Basis“ gerne sausen, es folgt der Verrat der ursprünglichen Ziele. Die Geschichte der SPD zeigt das bis heute, die LINKE scheint diesen Weg gehen zu wollen.

Die jüngste Geschichte einer Veränderung, der „Mauerfall“, bestätigt die Unfähigkeit von Parteien, aber die Fähigkeit des Volkes zur Veränderung einer gesellschaftlichen Ordnung. „Wir sind das Volk!“ Diese Losung aktivierte ohne Partei die Menschen zum Sturz der Staatsmacht. Die unten „wollten“ nicht mehr, die oben „konnten“ nicht mehr.

Der Vergleich mit der vorhandenen Strategie fällt für mich so aus: Sie wurde zu Beginn des I. Weltkrieges fehlerhaft ausgeführt. Ursache: Versagen der Führung

durch geschickte, allmähliche Einbindung in die Macht durch die Gegenseite, Korruption durch Machtanteil („Regierungsverantwortung“ steht heute dafür). Es muss untersucht werden, ob das überwunden werden kann. Die geschichtlichen Erfahrungen gehen ja weiter.

Mehr als 11.000.000 der Taschenspielertrick

Von Franz Müller



Da stellt doch das DIW gerade fest, dass über 11.000.000 Menschen innerhalb oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Wo? In Deutschland, dem reichsten Staat Europas!

Armutsgrenze? Das sind 60% von durchschnittlichen Einkommen. Welchem Einkommen? In Deutschland von den Gehalts- und Lohnabhängigen sowie andere Geringverdiener. Die über 50% der Einkommen von weit unter 10% der Bevölkerung fehlen dabei. Nun ja, Dividenden usw. muss man sich ja auch nicht erarbeiten. Da ist schon etwas dran. Mehr als 11.000.000? Könnten es dann, richtig berechnet, nicht bald 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung sein?

Glaube keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast.

Gedanken zur Winterolympiade 2010

Von Siegfried Zoll

1. Bruch der griechischen Tradition

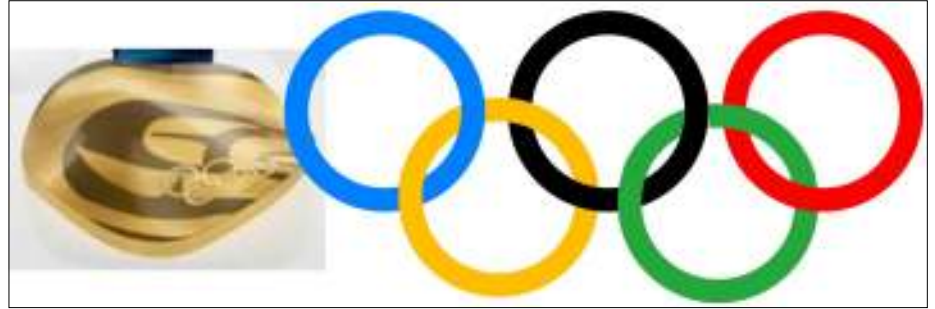
Sie sind eröffnet, die Spiele des schönen Scheins. In faszinierenden Bildern wird uns eine friedliche Welt vorgegaukelt, die es so nicht gibt. Im antiken Griechenland mussten die Athleten lange vor Beginn der Spiele eintreffen, um sich körperlich und mental vorzubereiten. Damit sie gefahrlos die zum Teil weiten Anmarschwege zurücklegen konnten, galt der Gottesfriede. In Griechenland war Waffenruhe. Im 21. Jahrhundert kommen die Olympiateilnehmer von allen Kontinenten zusammen. Aber mit Beginn der Spiele eröffnet der internationale Friedenspreisträger und amerikanische Präsident Obama mit 15.000 amerikanischen, britischen und afghanischen Soldaten eine Großoffensive im Süden Afghanistans. Berichtet wird von geringem Widerstand. Die Bevölkerung wurde vor der Offensive gewarnt. Hatte man erwartet, dass die Taliban gewartet hätten, bis man sie überrollt?

2. Schneller, höher, weiter wird zum Fluch

Schneller, höher, weiter verkommt immer mehr durch Manipulation, Befriedigung der Sensationslust und des Götzen Ge1d. Sportler werden zu Gladiatoren, die ihre Haut zu Markte tragen. Der Leistungszwang endet für manchen im Doping. Ein junger Georgier verliert beim Training auf der Rodelbahn sein Leben. Konsequenzen kaum. Trotz Damenstart werden noch 154 km/h erreicht. Ein zwanzigjähriger deutscher Olympiasieger im Rodel-Her-

ren lässt das schnell vergessen. Pannenshows im Fernsehen und wiederkehrende Sequenzen spektakulärer Unfälle töten allmählich menschliches Mitgefühl. Der Medaillenspiegel der Nationen ist auch so ein unsportlicher Anheizer. Durch ihn verliert die Leistung der Sportler anderer Nationen. Interessanter wäre zu erfahren, was in den einzelnen Nationen für die Medail-

minister rückt die Debatte um Hartz IV in Richtung sozialistisch und römisch-dekadent. Beim Begriff römisch-dekadent geht es um Brot und Spiele. In der Sklavenhaltergesellschaft waren die Bürger Roms Freie, die Arbeit verrichteten die Sklaven, aus den Provinzen kamen Lebensmittel und andere Waren. Damit sie vor



len geboten wird. Außer Gold zählt nichts. Das beweisen die Schlagzeilen „Neuner holt erste Medaille“ „Biathletin verpasst Olympia-Gold um 1,5 Sekunden“. Fehlt schon jedes Gefühl für Fairness? Wie fühlt sich ein Sportler, der gegen die Besten der Welt Silber gewann und gleich abgewatscht wird, weil es nicht Gold wurde? Im Interview errang Magdalena einen zweiten Sieg für den Sport: Sie freue sich über die Silbermedaille, sie habe ihr Bestes gegeben.

3. Sport und Wirtschaft

Erlaubt sei die Frage nach dem Verhältnis der Förderung einer kleinen Sportelite mit Forschungslabors und Wettkampfstätten, die nur für Extremsport gebaut sind, zum fehlenden Geld der Kommunen, um den Breitensport fördern zu können. Vielen Schwimmbädern droht das Aus. Der Außen-

Langeweile nicht aufmuckten, bot man ihnen blutige Schauspiele zur Ablenkung. Wir sind im 21. Jahrhundert, hier geht es um Tausende von arbeitslosen Bürgern, die arbeiten wollen und keine Arbeit finden. Sicher gibt es einige Fälle des Missbrauchs bei Hartz-IV-Empfängern, ähnlich wie bei Banken. Die Diskussion, ob Hartz-IV-Leistungen zu hoch oder zu niedrig sind, gehen am Problem vorbei. Die Diskussion muss um die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Bürger gehen. Zum Dilemma des Gesundheitswesens hat der Gesundheitsminister lediglich den Vorschlag, die Kasse zu wechseln. Bei der Olympiaberichterstattung sollten wir Bürger die anderen Probleme nicht vergessen.

PS. Ich will Olympiaden nicht abgeschafft wissen. Ich möchte sie menschlich, tolerant in einer friedlichen Welt.

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Chefredakteur: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha,
Stellvertreter: Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt)
Mitglieder: Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter



<http://www.artikel-eins.com>

zur Verfügung.

Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt: kontakt@artikel-eins.com

Druck: Selbstdruck

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

12.03.2010